



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

50. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des bisherigen TOP 6 „Digitales Lernen: Offene Infrastruktur gehört auf die Agenda“ zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/6673 in einer der nächsten Sitzungen vorzunehmen, um ihn gemeinsam mit einem anderen, thematisch zusammenhängenden Antrag der Piratenfraktion zu beraten. Der bisherige TOP 7 „Bildungsqualität fördern – Teil 1: Gymnasien in ihrem pädagogischen Auftrag stärken“ wird zum neuen TOP 6.

1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

1. Ergänzung
Drucksache 16/6710

2. Ergänzung
Drucksache 16/6990

Erläuterungsband zum Einzelplan 05
Vorlage 16/2185

Beantwortung schriftlicher Fragen der Fraktionen
Vorlage 16/2311

Der Ausschuss **nimmt** den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/6500** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.

Der Ausschuss **nimmt** sodann die **Ergänzung Drucksache 16/6710** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.

Der Ausschuss **nimmt** ferner die **Ergänzung Drucksache 16/6990** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.

2. **Zeitnah Kommission zur Entwicklung eines Lehrerjahresarbeitszeitmodell einsetzen – Lehrerverbände und bisherige Erfahrungen aus entsprechenden Modellen umfassend einbinden** 22

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4585

Ausschussprotokoll 16/559

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss **lehnt** den **Antrag Drucksache 16/4585** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.

3. **Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes durch Aufklärung und Schulungen verhindern!** 25

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5037

Ausschussprotokoll 16/620

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, den **Antrag Drucksache 16/5037 ohne Votum weiterzugeben**.

4. **Duale Ausbildung in der Fläche sichern – Regelungen zu Fachklassen an Berufskolleg an demografischen Wandel anpassen** 26

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5471

Ausschussprotokoll 16/638

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt überein, den **Antrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/5471 im Rahmen der Beratungen zur APO-BK zu berücksichtigen oder wieder aufzurufen**.

5. Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2310

6. Bildungsqualität fördern – Teil 1: Gymnasien in ihren pädagogischen Auftrag stärken 38

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6858

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem **Antrag Drucksache 16/6858** ein **Expertengespräch** durchzuführen.
Die Detailklärung soll im Kreis der Obleute erfolgen.

* * *

1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

1. Ergänzung
Drucksache 16/6710

2. Ergänzung
Drucksache 16/6990

Erläuterungsband zum Einzelplan 05
Vorlage 16/2185

Beantwortung schriftlicher Fragen der Fraktionen
Vorlage 16/2311

Petra Vogt (CDU) weist auf die Schuldentilgung von elf Bundesländern hin, während Nordrhein-Westfalen weiterhin den Spitzenplatz beim Schuldenmachen belege, woraus negative Pressemitteilungen resultierten. Die Landesregierung habe keine Idee, wie sie den Haushalt konsolidieren könne, sondern überlege, Steuern zu erhöhen und zusätzliche Einnahmen zu generieren. Das halte die CDU für die falsche Herangehensweise, weil sich die Verschuldung zulasten kommender Generationen auswirke, was sie für unverantwortlich halte.

Mit Blick auf den Schulhaushalt gibt sie zu bedenken, die Landesregierung rühme sich damit, die demografischen Gewinne im Schulsystem zu belassen. Die CDU-Fraktion habe analysiert, was mit den demografischen Gewinnen geschehe, was also die Lehrer mit nun weniger Schülern täten. Die Beantwortung der diesbezüglichen Fragen durch die Landesregierung halte sie ebenso wie die Antworten der Landesregierung zum Unterrichtsausfall für wenig komplex. Ihnen zufolge sei alles kompliziert, und alles ändere sich. Nicht klar geworden sei, was die Lehrer täten, die jetzt weniger Schüler als in der Vergangenheit hätten und welchen Nutzen sie für das Schulsysteme erbrächten.

In jedem Bildungsmonitoring der letzten Monate und Jahre belege Nordrhein-Westfalen einen der hinteren Plätze. Welcher positive Nutzen sich für das nordrhein-westfälische Schulsystem ergebe, könne man an den Antworten der Landesregierung nicht ablesen. Sie argwöhne, die Landesregierung wolle die Zahlen genauso wie beim Unterrichtsausfall nicht so genau wissen, was aus Sicht ihrer Fraktion nicht weiterhelfe, denn vielmehr müsse Nordrhein-Westfalen einen vorderen Platz bei der Bildung einnehmen, da es ein wichtiges Wirtschaftsland darstelle und da es sich die letzten Plätze dauerhaft nicht leisten könne.

Die Landesregierung habe alle Vorschläge der CDU-Fraktion zur Umgestaltung des Bildungshaushaltes in der Vergangenheit abgelehnt, könne allerdings mit Blick auf den vorgelegten Haushalt keine positiven Ergebnisse ihrer eigenen Politik nennen.

Die Landesregierung nehme lediglich an, eine präventive Politik werde sich auszahlen. Aus dieser bloßen Annahme resultiere eine Streichung von 229 Stellen bei den Berufskollegs. Durch das neue Übergangsmanagement würden sich aus Sicht der Landesregierung Warteschleifen irgendwann abbauen. Dieses Programm laufe allerdings bei Weitem noch nicht an allen Schulen, und teilweise sei es laut Presseberichten völlig unbekannt. Sie frage sich vor diesem Hintergrund, wie man schon im Vorfeld eines solchen Programmes ernsthaft Stellen streichen könne. Ihre Fraktion halte dieses Vorgehen für unverantwortlich.

Die sogenannten Warteschleifen an Schulen dienten häufig der Orientierung der Schüler und Schülerinnen. Häufig wüssten junge Menschen auch nach wenigen Tagen Übergangsmanagement noch nicht richtig, was sie in Zukunft machen wollten.

An den Berufskollegs werde unter sehr schwierigen Bedingungen gute Arbeit geleistet. Häufig würden Schüler mit Förderbedarf unterrichtet, denen allerdings gar kein Förderbedarf zuerkannt werde, da dieser – aus ihrer Sicht: wundersamerweise – nach der Sekundarstufe I ende. Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen versuchten Lehrerinnen und Lehrer, eine bestmögliche Ausbildung der jungen Menschen durchzuführen. Stellenstreichungen erachte ihre Fraktion daher für ausgesprochen traurig, sollte dies die einzige Möglichkeit sein, im Haushalt Einsparungen vorzunehmen. Daher werde sie diesen Haushalt selbstverständlich ablehnen.

Monika Pieper (PIRATEN) dankt für die Beantwortung der Fragen, bezweifelt aber mit Blick auf den Haushaltsentwurf, dass die Landesregierung die Bildung zur obersten Priorität erkläre. Große Sprünge stünden zu erwarten, jedoch gäbe es nicht einmal kontinuierliche Verbesserungen. Der Entwurf sehe die Absetzung von 1.101 Stellen vor. Der Löwenanteil der Stelleneinsparungen liege bei der Rückgabe der Ausgleichsstellen für die Vorgriffstunden, laut Erläuterungsband führe dies allerdings nicht zu Standardverschlechterungen.

Die Realität sehe indes anders aus. Bei den Bedarfsdeckungsquoten fielen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr mit Ausnahme des Gymnasiums zwar gering aus, jedoch zeige die Tendenz in die falsche Richtung. In sechs Schulformen sanken die Quoten, und die Lehrerversorgung verschlechtere sich. Von 105 % seien die Werte mit Ausnahme der Grundschulen weit entfernt. Auch in Bezug auf die „Kienbaum-Lücke“ zeige sich ein ähnlich unerfreuliches Bild. Insgesamt fehlten 3.555 Lehrerstellen. Die Lücke bei den Gesamtschulen vergrößere sich abermals und wachse um 58 Stellen auf 748 an. Hinzu komme die äußerst unbefriedigende, gerade schon beschriebene Situation an Berufsschulen.

Die Kompensierung der schlechten Lehrerversorgung an den Schulen halte sie für erschreckend. In vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen habe sich gezeigt, dass diese wenig Zeit für Inklusion aufwenden könnten. Würden die Sonderpädagogen in der Inklusion zur heimlichen Vertretungsreserve in Nordrhein-Westfalen, halte sie das Inklusionskonzept für gescheitert. Mit besseren Rahmenbedingungen wäre das alles nicht passiert.

Ihre Fraktion sehe drei Bereiche mit dringendem Handlungsbedarf im Haushalt. Mit Blick auf die Schulsozialarbeit gibt sie erstens zu bedenken, es gebe keine Anhaltspunkte für ein Konzept, das die Weiterführung der Schulsozialarbeit in NRW gewährleisten. Die Landesregierung stehe in der Pflicht, diesbezüglich etwas zu unternehmen.

Zweitens gebe es zunehmend Probleme bei der Finanzierung des offenen Ganztags, insbesondere durch die steigenden Personalkosten. Der letzte Tarifabschluss habe den Erzieherinnen und Erziehern ein Lohnplus von 7 % beschert. Zwar würden nicht alle Erzieherinnen und Erzieher im offenen Ganztags nach Tarif bezahlt, jedoch wirke sich diese Lohnerhöhung auf die Träger aus. Daher müsse aus Sicht der Piratenfraktion die Landesförderung entsprechend angepasst werden. Eine Erhöhung der Elternbeiträge oder mehr freiwilliges Engagement der Kommunen sehe sie indessen nicht.

Ihr liege drittens die Flüchtlingsproblematik besonders am Herzen. Sie halte es nicht nur für eine rechtliche, sondern auch eine moralische Pflicht, den jungen Flüchtlingen angemessene schulische Angebote zu machen. Hierfür müssten im Haushalt 2015 sehr viel mehr Lehrerstellen bereitgestellt werden. Die Integrationsstellen seien bereits ausgebucht, wie man dem Bericht der Landesregierung in der letzten Sitzung des Integrationsausschusses habe entnehmen können. In einigen Städten gebe es umfangreiche Wartelisten für den Schulbesuch dieser Kinder. Die Politik müsse für eine zeitnahe Beschulung dieser Kinder sorgen.

Nach Ansicht des Flüchtlingsrates fehlten Vorbereitungsklassen und internationale Förderklassen. Die Schulen benötigten dringend mehr Lehrerstellen und mehr Unterstützung durch Schulpsychologinnen, Schulsozialarbeiter und Dolmetscherinnen. Die GEW habe zutreffend festgestellt, die zusätzlich erforderlichen Stellen dürften keinesfalls aus den weiterhin notwendigen Integrationsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund abgezogen werden. Sie halte die geringeren Bildungschancen von Schülern mit Migrationshintergrund in NRW für beschämend und fordere Anstrengungen des Landes, um die Schulen besser zu machen, etwa die Schaffung von Stellen sowie die Entwicklung von Verfahren, damit Schulen mit besonderen Herausforderungen die notwendige Unterstützung gewährleistet werden könne.

Die Forderungen ihrer Fraktion zur Digitalisierung würden in der nächsten Sitzung im Rahmen der Diskussion der Anträge der Piratenfraktion diskutiert.

Sigrid Beer (GRÜNE) entgegnet, sie halte die Ausführungen von Monika Piper für einen konsistenten Vortrag, da sie nicht nur wie die anderen Oppositionsfraktionen Einsparungen im Haushalt gefordert habe. Sie interessiere sich für den Inhalt der Haushaltsanträge der Piratenfraktion, insbesondere mit Blick auf Infrastruktur und Digitalisierung. Sie bezweifle indes aufgrund der Vorträge von Frau Vogt und Frau Pieper, dass die Vorlagen intensiv gelesen worden seien. Mit Blick darauf verweise sie, Beer, cursorisch auf den Erläuterungsband, Seite 32, der Ausführungen zur Stellsituation mit Blick auf den weiteren Ausbau der Leitungszeit, zur Aufstockung der Plätze für den offenen Ganztags, zu neuen Stellen für multiprofessionelle Teams, für

das Projekt „Übergänge gestalten und Anschlüsse sichern“ und die Übertragung von bestimmten Leistungen auf den Ersatzschulbereich mache. Weiterhin kämen die mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelten Summen der kommunalen Aufwendungen hinzu, ebenso wie die Aufwendungen für den betriebsärztlichen Dienst oder die Lehrerfortbildung. Sie frage sich vor diesem Hintergrund, wie die Lesekompetenz einiger Abgeordneten ausgeprägt sei, wenn diese davon ausgingen, die Landesregierung würde nicht in die Bildung investieren.

Sie entgegnet der Abgeordneten Vogt, Stellen würden gemäß dem Schulkonsens verausgabt, um, wie besprochen, kleine Grundschulen in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Die Umsetzung des Schulkonsenses betreffe sowohl die Gründung neuer Schulen nach den vereinbarten Parametern, die Absenkung der Klassenfrequenzrichtwerte und den erhöhten Stellenbedarf für die Inklusion. Die Landesregierung habe die Schulleitungsentlastung umgesetzt und investiere in multiprofessionelle Teams.

Die Schulsozialarbeit falle aber in die Kompetenz des Bundes. Bei Forderungen an das Land, diese finanziell zu unterstützen, müsse für eine solide Gegenfinanzierung im Haushalt gesorgt werden. Das Vorgehen der CDU, auf der einen Seite Haushaltskonsolidierung zu fordern, auf der anderen Seite aber zu bemängeln, im Bildungsbereich werde nicht genug investiert, halte sie, Beer, für unaufrichtig, zumal die CDU zwar fordere, aber keine alternativen Einsparmöglichkeiten nenne.

Yvonne Gebauer (FDP) drückt ihre Enttäuschung darüber aus, dass das Protokoll des Berichterstattergesprächs heute nicht wie angekündigt vorliege, dankt dem Ministerium aber für die Beantwortung der von der FDP-Fraktion gestellten Fragen.

Sie unterstütze die Situationsbeschreibung der Abgeordneten Vogt. Mit Blick auf die angesprochene Präventionspolitik erwidert sie, Gebauer, ihre Fraktion habe die Vorlage intensiv gelesen, insofern keiner von einer nicht vorhandenen Lesekompetenz keine Rede sein. Zwar habe Frau Beer von Zuwächsen gesprochen, jedoch müsse man auch die 1.101 abzubauenen Stellen genauso wie Gewinne aus der sogenannten Präventionsrendite im Auge haben.

Fraglich sei, ob man mit Blick auf die Entlastung durch die BAföG-Mittel die Demografiegewinne bis 2015 im System belassen solle, weil letztere sowieso anfielen. Laut dem Berichterstattergespräch seien die Demografiegewinne vor der Entlastung durch die BAföG-Mittel nicht ausfinanziert gewesen. Vor diesem Hintergrund frage sie sich, wie man publik machen könne, bis 2015 blieben diese Gewinne im System.

Ihre Fraktion wolle von der Ministerin wie, wie ihr Haus die zu erwartende zunehmend schwierigere Flüchtlingssituation in Nordrhein-Westfalen handhabe und ob im Rahmen der Deckungsfähigkeit zusätzliche Stellen aus anderen Bereichen des Haushaltes bereitgestellt würden. Weiterhin möchte sie wissen, wie Nordrhein-Westfalen gedenke, an weiteres qualifiziertes, auch im Umgang mit traumatisierten Kindern versiertes Personal zu kommen.

Mit Blick auf die Frage der FDP-Fraktion zu Förderschulkindern im Ganztage, die wegen der Auflösung der Förderschule an Regelschulen beschult würde, interessiere

sie, ob die Landesregierung im Sinne des Bestandsschutzes Ganztagszüge an der allgemeinen Schule zulasse. Sie sehe bei der entsprechenden Antwort der Landesregierung noch Luft nach oben. Die Landesregierung stelle ein pragmatisches Vorgehen bei Schulzusammenlegungen in Aussicht. Sie bittet die Vertreter der Landesregierung, zu konkretisieren, was unter „pragmatisch“ zu verstehen sei, und möchte darüber hinaus wissen, ob Ganztagszüge mit Blick auf den Bestandsschutz eingerichtet würden.

Abgesehen davon werde die FDP-Fraktion den vorgesehenen Haushaltsentwurf ablehnen.

Renate Hendricks (SPD) unterstreicht die Bedeutung der im Schulkonsens niedergelegten und gemeinsam vereinbarten Weichenstellungen bis 2023, etwa mit Blick auf die Senkung der Klassenfrequenzrichtwerte, auf die Erhöhung der Schulleiterpauschale, auf die Verabredung kleiner Grundschulen und auf den Umbau des Schulsystems. Weiterhin beinhalte der Konsens eine Passage zur Inklusion. Demografieeffekte in Höhe von 9.000 Stellen verblieben im System; Vorgriffsstunden gehörten indes, wie ausreichend diskutiert und bekannt, nicht zu den Demografieeffekten.

Demografieeffekte umfassten die Lehrerstellen, die aufgrund von zurückgehenden Schülerzahlen bei ansonsten unveränderten Relationen nicht mehr benötigt würden. Aufgrund veränderter Relationen in einigen Bereichen, etwa bei einer Verkleinerung der Klassengrößen, belasse man zusätzliche Stellen im System, ebenso wie aufwachsenden, für die Senkung der Klassenfrequenzrichtwerte in den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I benötigten Stellen. Man beginne jetzt mit der Absenkung in der Sekundarstufe I, was zu einem jährlichen Aufwachsen der Stellen führe, was die Regierung im Haushalt eingeplant habe.

Auf der Suche nach Alternativen höre sie in der Öffentlichkeit lediglich pauschal, dass gespart werden müsse. Die CDU wolle in erheblichem Umfang Lehrerstellen einsparen, wie unter anderem in der Diskussion um die Schulassistenten deutlich werde. Das erachte sie, Hendricks, nicht für einen fairen und konstruktiven Umgang. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation müsse man Einsparungen tätigen, gleichwohl nehme die Landesregierung den Bildungsbereich aus, was eine Mammutaufgabe darstelle.

Die genannten BAföG-Mittel brauche man verabredungsgemäß für den Ausbau der Ganztagschulen, für die Zuweisung an die frühkindliche Bildung bzw. deren Ausbau. Die Schulsozialarbeit falle in der Tat in die Kompetenz des Bundes. Mit den BuT-Mitteln habe man die Schulsozialarbeit auf den Weg gebracht und gleichzeitig die Finanzierung an den Zuweisungssätzen für Kinder festgemacht. Die SPD versuche gemeinsam mit dem Bund, diese Themen aufzugreifen. Hierbei freue sie sich auf die Unterstützung der CDU.

Sigrid Beer (GRÜNE) zeigt sich aufgrund der Anträge zur Flüchtlingsthematik und aufgrund der Ergebnisse des Essener Zusammentreffens zur Beschulung der Flüchtlingskinder sicher, dass sich ein guter Umgang mit der Flüchtlingsthematik in Haus-

haltsanträgen niederschlagen werde. Für das Haushaltsverfahren wünsche sie sich eine andere Tonlage.

Sie weise im Übrigen darauf hin, dass das MSW von der Vereinbarung mit der allgemeinen Verwaltung, 1,5 % des Personalhaushaltes einzusparen, ausgenommen sei, was die besondere Priorität dieses Bereiches aus Sicht der Landesregierung unterstreiche. Sie zeige sich enttäuscht darüber, dass in den Beiträgen der Opposition kein einziges Wort der Würdigung dieser Anstrengungen gefallen sei.

In Sachen BAföG habe das Land allein für die Kommunen 175 Millionen € mehr für den Inklusionsprozess zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus seien mehr als 200 Schulen beim längeren gemeinsamen Lernen an den Start gegangen. Weiterhin gelinge es, mehr Kinder und Jugendliche zu qualifizieren, die Übergänge in die Sekundarstufe II wahrzunehmen. Sie wünsche sich eine stärkere Wahrnehmung, dass es bei der Schulausstattung gelinge, die entsprechenden Parameter zu halten.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) führt aus:

Ich kann mit Rückmeldungen und Einschätzungen umgehen, die deutlich machen, wo man sich mehr wünscht. Man kann sagen, bei der offenen Ganztagschule habe es Anpassungen gegeben, und sich fragen, wann es vielleicht die nächsten gebe und wie die Regierung den Umgang mit Flüchtlingskindern regele. Auch der Wunsch nach einem Mehr bei der Digitalisierung kann eine Priorität sein.

Ich kann nicht nachvollziehen – das verfängt auch nicht –, dass die größte Oppositionsfraktion auf der einen Seite massive Einsparungen einfordert – es steht im Raum, dass die CDU bis 2017 300 Millionen € aus demografischen Effekten einsparen will –, und auf der anderen Seite sagt, in der Schule werde gar nicht investiert. Der Umgang der CDU damit war schon einmal redlicher. In Zeiten unserer Minderheitsregierung hat Herr Kaiser immerhin – er hat immer etwas kritisiert; das war in Ordnung – gesagt, die Regierung bilde fair aus den demografischen Effekten die Umsetzung des Schulkonsenses ab.

Frau Beer hat einen wichtigen Beitrag genannt, nämlich die Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes in der Grundschule, die zu Investitionen in Höhe von 1.700 Stellen führt. Sie sind in diesem Haushalt enthalten, was eine große Investition darstellt. Angesichts der komplexen Veränderung des Mechanismus aufgrund der Klassenrichtzahl müssen wir feststellen, dass bei dieser Reform – natürlich gibt es an der einen oder anderen Stelle Wünsche, auch noch die kleinste Grundschule zu erhalten – vonseiten der Administration und der Begleitung gelungen ist, ein sehr gutes Steuerungskonzept umzusetzen, das greift, kommunal breit akzeptiert ist und eben auch 1.700 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer bietet. Das ist kein Pappenstiel.

Ich nenne auch die anderen Investitionsschwerpunkte. Ausgelöst durch kommunale Entscheidungen entstehen neue Schulen, Sekundarschulen und Gesamtschulen, die in der Regel Ganztagschulen sind. Das ist im laufenden Jahr die erste Stufe der Absenkung der Klassenfrequenzrichtwerte in den schon bestehenden Schulformen, also in Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen. Ebenfalls flie-

ßen viele Mittel aus den demografischen Effekten in die Inklusion. Zu sagen, das finde nicht statt, geht so weit an der Wirklichkeit vorbei, dass ich das nicht einordnen kann. Selbst die Lehrerverbände, die sehr kritisch bei der Beurteilung des Haushalts sind, bestreiten dies nicht. Dass man diese Mittel nicht hundertprozentig kalkulieren kann, liegt darin begründet, dass wir keine hellseherischen Fähigkeiten haben und nicht immer genau wissen, wie das Eltern- und Schülerwahlverhalten bei der Bildungsaspiration aussieht. Man kann nur schlecht kalkulieren, wie viele Schülerinnen und Schüler beispielsweise in die gymnasiale Oberstufe gehen. Das kann man nicht genau vorher wissen. Das schmälert manchmal die demografischen Effekte im Prozess.

Auf Seite 6 haben wir das aufgelistet – ich habe immer gesagt, zwischen 2005 und 2010 seien das ungefähr 9.500 –, und dort können Sie sehen, dass es 9.653 sind. An einer Stelle – darauf hat Frau Gebauer besonders gut geschaut; das haben wir aber auch nicht bestritten – sind auch die Stellen im Rahmen der freiwilligen Eini-gung des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden aufgeführt. Wenn Sie diese abziehen, liegt man bei 9.453. Dann ist man aber immer noch ziemlich nahe dran. Das ist keine böartige Täuschung von irgendwem, sondern das stellt sich im Vollzug so dar.

Zu sagen, wir würden die von der Regierung angelegten Vorhaben nicht mit den freiwerdenden Ressourcen durch die zurückgehenden Schülerzahlen unterfüttern, kann ich nicht nachvollziehen. Das ist belegt. Wie viele Regierungen haben den Schulleitungen schon versprochen, dass es Leitungszeit geben wird? Wir sind die erste Regierung, die das einhält. Es wird anerkannt und wertgeschätzt, dass wir das tun und dass die Effekte spürbar sind. Natürlich möchten die Lehrerverbände gern noch mehr haben. Ich halte es jedoch für falsch, das kleinzureden.

Es gibt dem Bildungsmonitor, darüber haben wir schon gesprochen. Dass ein Institut immer wieder unterschiedliche Parameter verrechnet und darstellt ... Das sind nie neue Zahlen, sondern das ist immer eine Gewichtung unterschiedlicher Faktoren. Bevor Sie sich vorschnell an einem einzigen Ranking dieses Instituts festhalten, empfehle ich Ihnen: Schauen Sie einmal auf die nächsten zehn Jahre, dann werden Sie vielleicht etwas zurückhaltender. Mit Blick auf die Ländervergleiche und die Grundschulvergleiche ist es nicht so, dass Nordrhein-Westfalen immer auf dem letzten oder die vorletzten Platz liegt. Ich beschönige nichts, daher sage ich genau, wie es ist: Das ist nur in einem einzigen Ländervergleich der Fall. – Ich habe gleich gesagt: Da wird nichts beschönigt. – Beim Ländervergleich der Naturwissenschaften liegen wir auf dem letzten Platz. Wir haben sofort gesagt: Es gibt eine Tagung. Wir gehen dem nach. Wir bauen das systematisch aus, setzen da an, analysieren und versuchen, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Frau Vogt, Sie haben gesagt, Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs leisteten unter schwierigsten Bedingungen gute Arbeit. Ich gehe auch davon aus und weiß von meinen vielen Schulbesuchen, dass alle Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen gute Arbeit leisten. Indem Sie jetzt zu tun, als wären wir immer überall ganz unten, missbilligen Sie im Grunde auch deren Arbeit.

Wir arbeiten daran, Schritt für Schritt besser zu werden; das ist unbestritten. Im Übrigen hat das in ihrer Regierungszeit angefangen, denn die Kinder und Jugendlichen, die heute das Abitur oder Mittlere Reife machen, sind nicht nur in den letzten vier Jahren zur Schule gegangen. Deswegen springt diese Betrachtung immer etwas kurz. Etwas mehr Redlichkeit würde den Aufgaben, vor denen wir stehen, und der Sache guttun. Außerdem sollten wir an einem Strang ziehen, wo immer wir das können.

Unser Ausbildungskonsens geht auf eine einstimmige Verabredung der Partner zurück, also der Unternehmen, der Gewerkschaften und der beteiligten Ministerien. Wir sitzen mindestens zweimal im Jahr zusammen und besprechen das. Dieses Konzept wird dort nach wie vor wertgeschätzt und für gut gehalten. In dieses Konzept investiert die Landesregierung. Bisher handelt es sich bis einschließlich 2015 um 280 Stellen, um einen Beitrag für die schulische Seite zu leisten. Frau Wanka zumindest hat mir im Gespräch gesagt, dass sie das für eine ordentliche Herangehensweise eines Flächenlandes halte. Wir verhandeln jetzt, in welcher Art und Weise Bund und Länder kooperieren wollen. Wir wollen aber nicht den gleichen Fehler machen, dass wir uns für drei Jahre irgendwelche Zusagen geben, aber nach drei Jahren wieder ohne dastehen.

Die Schulsozialarbeit gehört, wenn sie auf Landesebene zu etatisieren wäre, nicht in den Bildungshaushalt, weil sie auf Bundesebene auch nicht im Bildungshaushalt, sondern im Sozialhaushalt war. Es wäre schlau, das auseinanderzuhalten, damit nicht alles durcheinandergeht.

Dann will ich noch etwas zum Mechanismus der Stellen sagen, die abgesetzt werden. Sie haben – Frau Hendricks hat das gesagt – mit den demografischen Effekten gar nichts zu tun, sondern es ist ein über zwölf Jahre angelegter Mechanismus, dass die vorhandenen Lehrkräfte Mehrarbeit geleistet haben, um einen Schülerberg zu bewältigen, die sie auch finanziert bekommen haben, indem sie hinterher weniger Arbeit leisten mussten, was die Stundendeputate angeht. Dann kam es zu einer Unterfinanzierung: Wenn mehr Lehrer weniger arbeiten, brauchte man Lehrer die das kompensierten. Dieser Mechanismus ist jetzt vereinbarungsgemäß abgeschlossen.

Der Mechanismus wurde nicht in unserer Regierungszeit, sondern während der Amtsperioden dreier Regierungen festgelegt. Das können die Piraten nicht so genau wissen, weil sie damals dem Parlament noch nicht angehört haben. Deswegen ist es richtig, dass mit dieser Darstellung der Stellentechnik und Abwicklung dieser Maßnahme keinerlei Verschlechterung der Unterrichtssituation verbunden ist. Wie gesagt: Man kann sich wünschen, dass es mehr Mittel für dieses oder jenes gäbe, aber das hat nichts damit zu. Das möchte ich sehr deutlich machen.

Sie haben davon gesprochen, dass jetzt wieder Förderschulen geschlossen würden. Mir ist wichtig zu sagen: Diese Regierung schließt keine Schulen. Dieses Parlament hat ein Gesetz beschlossen. Es gibt entsprechende Verordnungen, die Mindestgrößen festlegen. Aufgrund dieser Mindestgrößen entscheiden die Kommunen, ob sie Schulen auslaufen lassen und gegebenenfalls welche. Sie entscheiden weiterhin, welche Schulen sie mit Teilstandorten zusammenfügen. Auch

dafür haben wir gute Mechanismen. Das wird an der einen oder anderen Stelle dazu führen, dass Schulformen auslaufen.

Da das aber nicht mit einer, wie Sie unterstellen, Ideologie einer Regierung zu tun hat, will ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, was wir erleben, welche Schulen nämlich nach Schulform und Status noch existieren und welche auslaufen. Ich sage Ihnen nur zwei Zahlen. Die Regierung Rüttgers/Pinkwart hatte das Ziel, die Hauptschule durch intensive Maßnahmen zu stärken. Das haben andere Regierungen anderer Farben auch versucht. Trotzdem ist in der Regierungszeit von 2005 bis 2010 die Zahl der Hauptschulen um 90 zurückgegangen, weil das nichts mit der Farbe der Regierung zu tun hat, sondern mit der Demografie und dem Elternwahlverhalten. Obwohl das eine Regierung also ausdrücklich nicht wollte, ist es so passiert. Natürlich wird sich dieser Prozess auch im Zuge des Schulkonsenses, im Zuge der politischen Maßnahmen, die wir beschlossen haben, und auch im Zuge der Demografie durchsetzen.

Davon sind dann natürlich auch Förderschulen betroffen. Die Kinder, die jetzt in der Förderschule beschult werden, sind meistens nicht die Kinder, die dann an eine andere Schule gehen. Deswegen brauchen wir nicht mit diesen anderen Kindern anderswo Züge aufzumachen, sondern die Kinder haben die Zusage – das gelingt auch meistens –, dass die Schulen auslaufen und die Kommunen, wenn sie merken, dass die Schulen zu klein werden, Entscheidungen treffen. Das sind aber immer kommunale Entscheidungen. Wir versuchen, das mit Abordnungen und mit unserem Personalentwicklungskonzept zu begleiten. Im Übrigen wird bereits auch gelobt, dass wir dieses Personalentwicklungskonzept haben. Auf Initiative des Hauptpersonalrates „Hauptschulen“ und breit unterstützt von VBE und GEW haben wir das jetzt für alle Schulformen. Wichtig ist, dass es so gut funktioniert, wie es funktioniert. Das begleiten wir.

Es kommt darauf an, das zu beobachten. Wenn Kinder jetzt die allgemeine Schule wählen, finden sie einen Ganztagsplatz, wenn sie einen Ganztagsplatz möchten. Frau Gebauer, wir müssen die Frage im Auge haben, ob wir genug Ganztagsressourcen insgesamt vorhalten. Insofern haben wir die Fragestellung aus meiner Sicht im Blick und müssen schauen, ob es zu Problemen führt, wenn Förderschulen mit Ganztagsangeboten auslaufen. Wir können das nicht gut antizipieren, weil die Mindestgrößenverordnung im laufenden Schuljahr noch nicht zwingend greift. Wir bauen keine Ressourcen, Ganztagsplätze oder Förderschulen in irgendeiner Weise ab. Es werden vom Grundsatz her nicht mehr, sondern eher weniger Kinder.

Zur Beschulung der Flüchtlingskinder möchte ich die Ausführungen von Frau Beer ergänzen. Wir haben beim Runden Tisch „Flüchtlinge“ einen ganz konstruktiven Diskurs geführt. Wir haben erfreulicherweise seit vielen Jahren schon die Schulpflicht für alle Kinder in diesem Alter – unabhängig davon, woher sie kommen. Dass das ein großes Steuerungsproblem ist, haben wir anhand der Zuwanderung aus Südosteuropa gesehen. Wir haben mehrfach darüber gesprochen, wie schwierig es ist, darauf zu reagieren, weil man das ganz schlecht antizipieren

kann. Wir werden hierzu vertiefte Gespräche mit den Städten aufgrund der dortigen Erfahrungen führen, um möglichst gut zu steuern.

Ein ganz wichtiger Faktor, der uns besser als andere Bundesländer stellt, ist, dass wir ein fast flächendeckendes Netz kommunaler Integrationszentren haben, die anhand des Bildungsverlaufs der Kinder beurteilen können, wie man das vor Ort am besten gemanagt bekommt. Die Frage bleibt, wann wir wo welche Stelle brauchen. Das steht nicht im Vorjahr fest, wenn ein Haushalt geplant wird. Das ist die Schwierigkeit. Zwar können wir damit operieren und brauchen nicht in den Grundstellenbedarf einzugreifen, was andere Länder möglicherweise müssen, weil sie die Integrationsstellen haben, von denen wir einen Teil nutzen, und weil wir, wenn es ganz eng wird, im Einzelfall auch auf andere zusätzliche Stellentöpfe zurückgreifen, um dem nachzukommen. Aber in der Prüfung ist, ob wir zusätzliche Stellen etatisieren müssen. Da bitte ich um Nachsicht. Sie wissen, wann der Flüchtlingsgipfel war, und dass wir das vernünftig und solide ausgestalten wollen, so dass die Koalition auch dabei handlungsfähig sein wird.

Yvonne Gebauer (FDP) stellt klar, sie habe die Vorgriffsstunden nicht zu Demografiegewinnen ins Verhältnis gesetzt, sondern die Zahl von 1.101 abzubauenen Stellen nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Sodann bemerkt sie, zwar schließe die Ministerin oder das Ministerium keine Förderschulen, jedoch würden Förderschulen geschlossen. Darauf müsse man reagieren.

Sie stimme Renate Hendricks zu, beim Haushalt handle es sich um eine schwierige Aufgabe. Zur Schulsozialarbeit gebe es mehrere Initiativen, Andrea Nahles von der SPD sei die zuständige Ministerin und Ansprechpartnerin.

Sigrid Beer habe von einer „Huldigung der Anstrengungen“ gesprochen, was sie, Gebauer, nicht für die Aufgabe der Opposition halte. Sie stimme mit Sigrid Beer mit Blick auf einen guten Diskussionsstil überein, jedoch müsse man in Vorleistung gehen, wenn man ihn von anderen verlange.

Monika Pieper (PIRATEN) stellt klar, ihre Fraktion dränge nicht pauschal auf Sparbemühungen.

Mit Blick auf die Ausführungen von Sigrid Beer bekräftigt sie, ihre Fraktion wisse sehr wohl, welche Ressourcen ins System gegeben worden seien und würdige dies. Jedoch zeigten die Ergebnisse eine Tendenz zur Verschlechterung.

Ihre Fraktion werde Änderungsanträge einbringen und Gegenfinanzierungsvorschläge machen. Man solle Präventionspolitik betreiben, die auch Geld kosten dürfe.

In Sachen Flüchtlinge müsse man gemeinsam nach vorne kommen. Der Ausschuss könne anmahnen, die Problematik sei dringend und dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Auf den Hinweis, bei Schulsozialarbeit handle es sich um Bundessache, und die Mittel kämen nicht aus dem Schuletat, entgegnet sie, die Realität der Sozialarbeiter an den Schulen sehe anders aus, denn man habe sie für viele andere Dinge und

nicht nur für das Ausfüllen der BuT-Anträge eingesetzt. Dadurch hätten diese eine gute Wirkung entfalten können. Daher sehe sie die Notwendigkeit, diese im Schul- und nicht im Arbeitsministerium anzusiedeln.

Klaus Kaiser (CDU) zeigt Verständnis für den Wunsch der Regierung, von der Opposition gelobt zu werden, da kein Bürger, keine Zeitung und kein Gericht die Haushaltspolitik der Landesregierung lobe.

Er spreche sich in diesem Zusammenhang dafür aus, mit einigen Mythen aufzuräumen. Natürlich schließe die Landesregierung keine Schulen, da sie nicht Träger von Schulen sei. Jedoch würden Schulgesetz und Verordnung unmittelbar zu Handlungszwängen bei Schulträgern und damit zu Schließungen von Schulen und auch von Förderschulen führen.

Bei der Inklusion nähmen die Klagen zu. Durch die Beantwortung des Fragenkataloges habe das Ministerium nicht mehr Transparenz, sondern mehr Unsicherheit geschaffen. Ein großes Projekt für die Inklusion könne man nicht allein durch Demografieeffekte refinanzieren. Der Haushalt müsse schulische Realität abbilden. Bei einer Zunahme der Kritik an der Inklusion ihre Umsetzung müsse man genau hinschauen. Im Übrigen nähmen auch die Beschwerden über Unterrichtsausfall und übergroße Klassen an Gymnasien zu.

Mit Blick auf den Schulkonsens weise er auf die Beantwortung seiner Kleinen Anfrage vom 21. September 2011 hin, laut der bis 2017 6.250 Stellen für den Schulkonsens veranschlagt worden seien. Aufgrund der vorgelegten Zahlen könne er nachvollziehen, dass 3.305 aus Demografiegewinnen refinanzierte Stellen dem Schulkonsens zuzuordnen seien. Er frage nach, ob bis 2016/2017 noch weitere 3.000 Stellen für den Schulkonsens umgesetzt werden müssten.

Weiterhin sei die Ministerin in der Kleinen Anfrage von Demografiegewinnen im Umfang von 11.900 Stellen ausgegangen. Den Sitzungsunterlagen könne er bis 2015 jedoch nur 9.653 entnehmen. Daher frage er nach den fehlenden 2.000 Stellen. Die Ministerin habe davon gesprochen, dass 2015/2016 7.700 Stellen aufgrund von Demografiegewinnen überflüssig würden. Heute werde die Zahl von 9.653 Stellen genannt. Nach seinem Verständnis müsse die Schülerzahl unerwartet stark zurückgegangen sein, da er das ansonsten nicht nachvollziehen könne. Der Opposition gegenüber habe das Ministerium von 6.348 Stellen gesprochen, die nichts mit dem Schulkonsens zu tun hätten.

Vonseiten der Landesregierung werde dargestellt, bei Schulsozialarbeit handle es sich um eine Bundesaufgabe. Das sei jedoch ausweislich der Vereinbarung nicht der Fall. Die jetzige Formulierung zeige, dass die Landesregierung in die Frage der Schulsozialarbeit eine weitere Zuspitzung der sozialen Lage an Schulen in Kauf nehme, weil sie diese nicht refinanzieren könne. Gleiches gelte für die BAföG-Mittel, die komplett für die Haushaltskonsolidierung eingesetzt würden. Damit habe man die Chance vergeben, zum Beispiel einen Beitrag zur Schulsozialarbeit zu leisten.

Zwar sei sie, **Sigrid Beer (GRÜNE)**, Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen jedoch erwarte sie nicht, dass die Opposition Halleluja und Hosanna singe, wenn der Haushaltsentwurf vorgelegt werde. Frau Pieper habe von Würdigung und Anerkennung der Leistungen gesprochen, was sie, Beer, sich ebenfalls wünsche. Die Tonlage der Debatte habe indes Frau Vogt mit ihren Ausführungen vorgegeben. Auf die Wahrnehmungsstörungen der Leistungen der Landesregierung habe sie, Beer, im Folgenden reagiert.

Sie stellt richtig, es gehe nicht um Schulsozialarbeit, sondern um Sozialarbeit an Schulen. Diese gehöre ins Bildungs- und Teilhabepaket, wozu der Landtag einen Beschluss gefasst habe. Sie gehe davon aus, dass bei einem CDU-Finanzminister und einer SPD-Sozialministerin auf Bundesebene beide Seiten Anstrengungen unternähmen, den Beschlüssen des Landtags Ausdruck zu verleihen, damit die Unterstützung der kommunalen Ebene und der Schulen funktioniere.

Zur Diskussion um die Förderschule bemerke sie, dass noch nie so viele Hauptschulen wie unter Schwarz-Gelb geschlossen worden seien. Einen ähnlichen Schluss lege die Opposition mit Blick auf die Förderschule nahe. Das Elternwahlverhalten, ein anderes Zugehen auf die Bildungsgänge und andere Elternerwartungen drückten sich auch in der Wahl der Förderorte und besonders beim Förderschwerpunkt „Lernen“ aus.

Zu den Investitionen merke sie an, dass, als Rot-Grün die Regierung übernommen habe, die Demografieeffekte in der mittelfristigen Finanzplanung weg gewesen seien. Sie frage sich, was Schwarz-Gelb in einer solchen Situation gemacht hätte, stelle aber gleichzeitig fest, dass sich Schwarz-Gelb gegen Schuldenmachen, gleichzeitig aber für notwendige Investitionen ausspreche. Das passe aus ihrer Sicht nicht zusammen.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) ergänzt:

Ich möchte noch etwas zur Schulentwicklung deutlich machen und auf die Frage der demografischen Effekte eingehen. Wenn ich die Anträge der CDU, man müsse so etwas wie Demografiebeauftragte einrichten, die im Blick haben sollten, wie man die Reduzierung der Anzahl von Menschen steuere bzw. mit einer Reduzierung umgehe, ist eigentlich relativ normal, dass ein Absinken der Zahl der Menschen auch zu einem Weniger an Einrichtungen führen. Das ist der wesentliche Grund für die Reduzierung der Zahl der Schulen. Die Entwicklungen im Hauptschulbereich können Sie in verschiedenen Bundesländern unter verschiedenen Regierungen sehen. Das räumen Sie dann auch ein.

Deshalb war ich so überrascht – bei der Schuljahresaufnahmepressekonferenz habe ich die Veränderung dargestellt –, dass die Zahl der Hauptschulen 2005 bis 2010 um 90 gesunken ist. Diese Entwicklung hat sich trotz der Erklärung einer Regierung durchgesetzt, sie wolle das gar nicht. Das belegt diese Demografieannahme, die niemand ernsthaft bestreitet. Wenn es weniger Schülerinnen und Schüler in Förderschule geben wird, gibt es auch ein Auslaufen der Förderschulen; das ist normal. Wenn man dies stoppen wollte, müsste man Minischulen aufrechterhalten, die weder pädagogisch noch organisatorisch sinnvoll sind.

Herr Kaiser, ich bin froh, dass wir das im Schulkonsens niedergeschrieben und auch mit Ihrer Unterschrift versehen haben. Bei der Auflistung der Schulen steht: Förderschulen, soweit sie trotz Inklusion erforderlich sind. Wir haben die Rechtslage verändert, weil jetzt im Schulgesetz steht, dass das Recht auf einen Platz in einer allgemeinen Schule gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention gewährt wird. Ich habe Sie immer so verstanden, als hätten Sie sich dafür entschieden. Wir haben sogar einen Antrag gemeinsam beschlossen, in dem das Prä des Förderorts „allgemeines Lernen“ niedergelegt ist. Lieber Herr Kaiser, ich meine, das hätten wir am 1. Dezember 2010 gemeinsam beschlossen.

Dass Sie jetzt sagen, das gelte nicht mehr, nehmen wir zur Kenntnis. Ich erwarte keine Huldigung; das ist gar nicht mein Stil. Ich erwarte auch kein Lob. Ich selbst huldige auch nicht, aber ich erwarte Redlichkeit. Denn das andere wird Ihnen noch auf die Füße fallen. Wir können das alles dokumentieren. Selbst die FDP, die sich sonst am ehesten von den Entwicklungsprozessen distanziert, hat, meine ich, auch schon im Plenum gesagt, es werde weniger Förderschulen geben.

Die Rechtslage ist dem Auftrag des Parlaments gefolgt. Anders als Gutachter haben wir entschieden, dass es keine Zwangsauflösung etwa der Förderschule des Typs „Lernen“ gibt – anders als es im Übrigen Schwarz-Gelb in Niedersachsen gemacht hat. Wir haben uns gegen die Gutachter entschieden, weil Elternwunsch und Elternrecht gelten. Trotzdem wird es zu Anpassungsprozessen kommen.

Sie haben die Mindestgrößenverordnung angesprochen. Wir haben diese nicht verschlechtert oder verändert, was die Zahl angeht. Aber unserer Auffassung nach kann es nicht sein, dass darin Regeln stehen, die in zwei Dritteln aller Fälle missachtet werden, weil es pädagogisch und administrativ nicht vernünftig ist. Das haben uns die kommunalen Spitzenverbände zugestanden. Das haben die Eltern der Kinder, die unter Inklusionsgesichtspunkten besonders behelligt sind, und die Elternverbände der Förderschulen akzeptiert. Die einen fanden es besser, und die anderen fanden es weniger gut. Manche wollten eine Festlegung von uns schneller haben, andere wollten diese eher zurückstellen. Insofern ist hier nicht im Stile eines Deus ex Machina etwas durchgesetzt worden, um Tabula rasa zu machen. Da bitte ich um Redlichkeit.

Zur Demografie: Ich habe zwar nicht alle Kleinen Anfragen genau im Kopf, aber ich meine, dass das zumindest in jeder Antwort steht. Ich weiß aber, wie mich Herr Frein als verantwortlicher Referats- und jetzt Gruppenleiter immer darauf hingewiesen hat, dass wir in den Bericht hineinschreiben, dass es sich um Prognosen handle. Die amtlichen Schuldaten werden im Oktober erhoben und ungefähr im Februar veröffentlicht. Sie werden für die Folgejahre fortgeschrieben. Aber insbesondere der Schulbesuch in den Oberstufen der Gymnasien, der Gesamtschulen und auch der Berufskollegs kann nicht hundertprozentig richtig prognostiziert werden. Deswegen gibt es da Verschiebungen. Daher haben wir immer die demografischen Effekte aufgezeigt, deren Entwicklung wir aufgrund dieser Prognosen absehen konnten. Deshalb ist es gut, dass wir nicht alles bis auf jede Stelle hin verplant haben – die großen Maßnahmen des Schulkonsenses sind aber abgebildet – und dass wir manchmal Möglichkeiten haben, gewisse Akzente zu setzen.

In der Weisbrich-Anfrage ist vom Endausbau des Schulkonsenses – so weit habe ich das noch in Erinnerung – die Rede. Natürlich, Herr Kaiser – das spielt auch eine Rolle im Schriftwechsel, den ich jetzt mit Herrn Laschet zu diesem Thema habe –, wachsen die schon jetzt vorhandenen Verbesserungen im System auf. Die fünften Klassen, die jetzt kleiner gebildet sind, bleiben kleiner auch in den Jahrgangsstufen sechs, sieben, acht und neun. Die kleineren Frequenzen in den Sekundar- und Gesamtschulen, die wir gemeinsam vereinbart haben, wachsen einschließlich des 20-prozentigen Ganztagszuschlags auch auf. Insofern ist das Gros der Demografiegewinne, die bis 2017 frei werden, ohnehin gebunden, ohne dass ich jetzt Standardverbesserungen versprechen können. Das müssen wir aber immer aufgrund der vorliegenden Daten neu berechnen. Man kann nicht einfach annehmen, dass man 300 Millionen € übrig hätte. Das habe ich Herrn Laschet geschrieben; Sie werden eine Kopie des Briefes bekommen haben. Wenn man einmal etwas eingeführt hat, um die Standardverschlechterungen an anderer Stelle aufzuheben, wächst das auf und nimmt die Demografiegewinne mit. Es war von den Regierungsfractionen und der Landesregierung so gewollt, dass diese positiven Veränderungen weiterhin aufwachsen. Wir wollten sie zumindest verschlechtern.

Monika Pieper (PIRATEN) mahnt in Bezug auf die Ausführungen der Abgeordneten Beer zu Förderschulen und Mindestgrößenverordnung, das hänge einzig vom Wahlverhalten der Eltern ab, an, Zusammenhänge zu beleuchten. Man könne das nicht einerseits dem Wahlverhalten der Eltern überlassen und andererseits in den ersten drei Jahren keine Aufnahmen von Schülerinnen und Schülern zulassen, sodass einer Schulform die komplette Unterstufe entzogen werde.

Klaus Kaiser (CDU) zeigt sich empfindlich, wenn man ihm Redlichkeit abspreche. Die Analogie zwischen den Schließungen der Hauptschulen und zur Senkung der Zahl der Förderschulen beschreibe zwar das gleiche Phänomen, jedoch gebe es dafür unterschiedliche Ursachen. Zwar habe die CDU-Regierung die Rahmenbedingungen zum Erhalt der Hauptschulen verbessert, gleichwohl sei die Zahl der Hauptschulen gesunken.

Das damalige Regierungshandeln habe damit eine Unterstützung der Hauptschulen dargestellt. Im heutigen Regierungshandeln führten eine andere Gesetzgebung und eine andere Verordnung zu einer Verschlechterung der Existenzbedingung von Förderschulen. Dadurch gehe die Zahl der Förderschulen stärker zurück als allein durch das Elternwahlverhalten.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) wirft ein, das stimme nicht.

Die Position der CDU im Schulkonsens zu Inklusion bestehe laut **Klaus Kaiser (CDU)** unbestritten weiter fort, jedoch spreche sie sich, auch im genannten Antrag, für ein echtes Wahlrecht der Eltern aus. Er bezweifle, ob dieses echte Wahlrecht der Eltern zwischen einer allgemeinen und einer Förderschule unter den bestehenden Rahmenbedingungen garantiert werden könne.

Eva Voigt-Küppers (SPD) fragt Klaus Kaiser, wie er gedenke, die viel zu klein gewordenen Förderschulen entsprechend der Erlasse aufrechtzuerhalten, in den Regelschulen mehr Lehrer und Beschäftigte anderer Professionen unterzubringen und gleichzeitig noch stärker zu sparen.

Renate Hendricks (SPD) unterstreicht den derzeitigen Veränderungsprozess der Schullandschaft in Deutschland – auch bei der Inklusion. In den letzten Jahren könne man gesteigerte Integrations- und Inklusionsraten feststellen. Wenn sich Eltern nicht mehr für Förderschule entschieden, sondern ihre Kinder im allgemeinen System beschulen lassen wollten, sehe der Effekt ähnlich wie bei den Hauptschulen aus. Sehr kleine Förderschulen halte sie aber aus methodisch-didaktischen sowie aus finanziellen Gründen für wenig sinnvoll. Stattdessen habe die Landesregierung die Möglichkeit von Verbundschulen geschaffen, um unterschiedliche Bedarfe zusammenzufassen und Standorte zu erhalten.

Die Mindestgrößenverordnung unterliege methodischen, didaktischen und pädagogischen Grundsätzen, die die Landesregierung nicht geändert, sondern lediglich angewandt habe, sodass sich im Ergebnis unterschiedliche Schulformen zusammenschließen könnten. Den Ablauf des derzeitigen Transformationsprozesses müsse man im Auge behalten.

Mit Blick auf die ihr vorliegenden Schreiben und ihre Erfahrungen, widerspricht sie der Äußerung der Abgeordneten Pieper, Eltern würden gezwungen, ihre Kinder in die allgemeinen Schulen zu schicken. Man könne dem Elternwillen indes nicht vorwerfen, die Eltern entschieden sich anders, als das Schulsystem derzeit aufgebaut sei. Eine Änderung des Elternwillens müsse eine Anpassung des derzeitigen Schulsystems zur Folge haben.

Sigrid Beer (GRÜNE) erinnert daran, die UN-Behindertenrechtskonvention beschreibe das Recht des Kindes, das von den Eltern wahrgenommen werde. Das stelle etwas grundsätzlich anderes als das Recht der Eltern dar.

Das neue Gesetz sehe Regelungen für den Fall vor, dass Eltern den Wunsch hätten, ein Verfahren zu eröffnen. Darüber hinaus müsse die Frage nach dem richtigen Lernort für das Kind im Einzelfall vor Ort erörtert werden. Darüber hinaus spreche sie sich für eine Durchlässigkeit und die Möglichkeit aus, gegebenenfalls wieder ins allgemeine Schulsystem zurückkehren zu können. Das Recht des Kindes auf gemeinsamen Unterricht bedeute nicht, dass Förderung ausgesetzt werde, sondern dass vom ersten Schultag an individuelle Förderung geleistet werden müsse.

Sie stellt darüber hinaus klar, sie habe nicht von einer Monokausalität gesprochen, das Elternwahlverhalten stelle jedoch einen wesentlichen Punkt dar. Auch die demografische Entwicklung habe bei den Förderschulen und insbesondere bei den Förderschulen im Bereich „Lernen“ stark gewirkt. In diesem Zusammenhang verweise sie auf den Bericht des Landesrechnungshofs.

Der Sichtweise des Abgeordneten Kaiser zur Verschlechterung der Förderschulen widerspreche sie, da es unter anderem die Verbundmöglichkeiten gebe. Die geringe Zahl von sechs Förderschulschließungen spreche ebenfalls gegen diese Sichtweise.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) führt aus:

Ich möchte die Zahlen nennen damit Sie, Herr Kaiser, das nachvollziehen können. Dabei geht es nicht um Sie als Person. Im Schulkonsens steht „Förderschule, soweit sie trotz Inklusion erforderlich sind.“ Zumindest aus meiner Sicht suggeriert das, dass es weniger werden, wenn man Inklusion macht.

Ich komme nun zu den Veränderungen der Zahlen der Förderschulen im öffentlichen Bereich. 2005 hatten wir 657. 2010 hatten wir 646; das sind elf weniger. 2013 hatten wir 611. Ich frage Sie: Wann ist denn das Gesetz in Kraft getreten? Ab wann gilt die Mindestgrößenverordnung? Die Entwicklung wird sich beschleunigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kaiser, klar wird aber, dass diese Entwicklung selbst ohne gesetzliche Regelung schon eingesetzt hat, wie es auch bei den Hauptschulen war, trotz – das will ich unterstreichen – guter Arbeit der Kolleginnen und Kollegen. Die Zahlen sind. Deswegen werde ich dafür, nicht etwas da hinein zu interpretieren, als sei das in irgendeiner Weise ideologisch motiviert. Dagegen möchte ich mich verwehren. Das stimmt nicht.

Ich finde es frappierend, dass eine Entwicklung gar nicht aufzuhalten ist, wenn eine Regierung bewusst etwas anderes will. Nur deswegen habe ich die Analogie der Hauptschulentwicklung genannt, weil sie mich selbst überrascht hat. Es hat damals keine Skandalrufe zum Hauptschulsterben gegeben.

Ich empfehle, diese Entwicklung nicht zu skandalisieren, weil sie im Schulkonsens angelegt ist und weil sie durch die Gesetzgebung, die, was die Grundparameter angeht, Prä für ein Recht auf einen Platz in der allgemeinen Schule und das Recht, etwas anderes zu wählen, abgebildet und gefolgt wird. Sie findet nicht irgendwo politisch beschleunigt oder betrieben in irgendeiner Art und Weise statt.

Der Ausschuss **nimmt** den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/6500** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.

Der Ausschuss **nimmt** sodann die **Ergänzung Drucksache 16/6710** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.

Der Ausschuss **nimmt** ferner die **Ergänzung Drucksache 16/6990** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.